Nr. 118 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 59

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 40 Pf.
auswärts 50 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 60.— M. monatl. 20.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 20.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Westpolen, Oesterreich u. Luxemburg 34.— M., für das übrige Ausland 72.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Finnland, Frankreich Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 6.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97 Expedition Moritzplatz 11753—54

Freitag, den 10. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Hermes' Ernennung.

Der Reichspräsident hat, wie Wolff meldet, den bisherigen Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hermes unter Entbindung von der Führung dieses Ministeriums zum Reichsminister der Finanzen ernannt.

Für den Posten des Ernährungsministers soll, wie die „Frankfurter Zeitung" aus Berlin erfährt, der Zentrumsabgeordnete Dr. Gerard in Betracht kommen. Abg. Gerard ist Mitglied der Regierung in Koblenz und seit dem März vorigen Jahres 3. Vorsitzender der Zentrumsfraktion des Reichstages.

Hermes' Weinkäufe.

Die Weinkäufe des Herrn Hermes rufen immer neue interessante Dinge ans Licht. Die BS.-Korrespondenz ist heute in der Lage, weitere Einzelheiten über die seltsamen Geschäfte zu berichten. Wir bringen diese Dinge unseren Lesern zur Kenntnis, ohne im einzelnen dazu Stellung zu nehmen.

Minister Hermes hatte vom Winzerverband, dessen prominentes Mitglied sein Fraktionskollege Reichstagsabgeordneter Beltin ist, einen Posten Wein, und zwar 200 Flaschen, zum Gesamtpreise von 600 M. gekauft. Der Winzerverband lieferte, doch wurde die Sendung auf der Bahn beraubt und es wurden 13 Flaschen Wein gestohlen. Dr. Hermes teilte diesen Diebstahl der liefernden Firma mit, da er offenbar die fehlenden Flaschen nicht zu bezahlen bereit war. Darauf sandte der Winzerverband am 27. April 1920 an Minister Hermes folgendes Schreiben in seine Privatwohnung:

„Euer Exzellenz beehre ich mich ergebenst mitzuteilen, daß ich, heute erst von einer Reise zurückkommend, Ihr Telegramm vorgefunden habe. Es ist nicht leicht, dem geäußerten Wunsche zu entsprechen. Die Weine kosten pro Flasche 3 M., aber das ist selbstverständlich nicht der heutige Handelswert, und nur dieser kann in Frage kommen, wenn Sie für Ihre beraubte Sendung Entschädigung verlangen wollen.

Ich habe deshalb eine Rechnung geschrieben und die Preise eingesetzt, die heute im Handel für die Weine bezahlt werden, und hoffe damit, Ihrem Zweck entsprechend gedient zu haben.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
Euer Exzellenz ergebenster R. Faust."

Das Schreiben des Ministers Hermes an den Winzerverband scheint mißverstanden worden zu sein. Denn gleichfalls unter dem 27. April sandte der Winzerverband, der offenbar annahm, Minister Hermes wolle von der Eisenbahnverwaltung Schadenersatz für die Beraubung der Sendung verlangen, eine zweite Rechnung, in der die gelieferten 200 Flaschen Wein zum Preise von 8430 Mark eingesetzt waren. Soweit uns bekannt ist, hat Minister Hermes jedoch von der Eisenbahn keinen Schadenersatz gefordert, und er hat die ursprüngliche Rechnung des Winzerverbandes in Höhe von 600 M., ohne Abzug den gestohlenen Flaschen, gezahlt, wie aus einem Vermerk des Regierungsrats Ratte vom 23. Juli 1920 hervorgeht, der sich auf der Rechnung des Winzerverbandes über 8430 M. befindet. Der Winzerverband hat allerdings Minister Hermes für den Diebstahl Schadenersatz geleistet und ihm später 39 M. zurückgesandt. Das geht wenigstens aus folgendem Schreiben hervor:

„Winzerverband für Mosel, Saar und Ruwer.
Trier, den 13. August 1920.
Sr. Exzellenz, dem Herrn Reichsminister Dr. Hermes.
Berlin W. 8, Mohrenstr. 11/12.

Nach Rückkunft von einer längeren Reise finde ich den Brief des Herrn Regierungsrats betreffend eine Weinsendung hier vor. Euer Exzellenz sind bei dem Verband mit 561 M. belastet. Wir haben den Mehrbetrag von 39 M. per Postanweisung zurückgehen lassen.

Wir danken für die Geldsendung und hoffen, daß die Weine gefallen haben. Ist die Angelegenheit wegen der Beraubung der Sendung Ew. Exzellenz erledigt oder können wir in der Sache noch etwas tun? Die Sendung ist von unserer Seite hoch versichert gewesen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung
gez. Jans.

Später hat sich dann der Winzerverband wegen einer Sonderbelieferung mit Zucker an Minister Dr. Hermes gewandt, der am 18. Dezember 1920 eine Sitzung anberaumte, an der Staatssekretär Dr. Huber, Reg.-Rat Jaffé, Geheimer Reg.-Rat Dr. Jungel, Dr. Diel und Herr Feldmann teilnahmen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Regelung der Zuckerverteilung für die Verbesserung von Wein. 2. Die Zuteilung einer neuen Zuckermenge an die Winzer von Mosel, Saar und Ruwer.

Minister Hermes wünschte in innigere Verbindung zu kommen und hielt es für zweckmäßig, bei der Verteilung möglichst die Bundesstaaten auszuschalten und unmittelbar durch die Genossenschaften den Zucker den Weinbautreibenden zuzuführen. Staatssekretär Huber wünschte dagegen auf die Hilfe der Bundesstaaten nicht zu verzichten und vorzuschreiben, wie die weitere Unterverteilung vor sich gehen solle. Dann teilte Minister Hermes mit, daß die Interessenten von der Mosel bei ihm lebhafte Klage über zu geringe Zuteilung an Weinzucker erhoben hätten. Nach seinen Eindrücken sei eine Notlage vorhanden und man müsse prüfen, ob nicht eine erneute Zuckerüberweisung erforderlich sei. Geheimrat Jaffé trat aus politischen Gründen für eine Sonderzuweisung an Zucker ein. Geheimrat Jungel und Herr Feldmann wiesen jedoch darauf hin, daß eine erhebliche Zuweisung an Zucker erfolgt sei und daß man von einer drückenden Notlage nicht sprechen könne. Dr. Diel machte den Vorschlag, die Winzer darauf hinzuweisen, daß sie bei ihren Landesregierungen bezüglich der Kommunalverbände vorstellig werden sollten, damit ein Ausgleich zwischen Zuckerüberschuß- und -bedarfsgebieten vorgenommen werden könne. Minister Hermes, Staatssekretär Huber und Dr. Jaffé sprachen sich gegen diesen Vorschlag, der zu viel Zeit erfordere, aus. In seinem Schlußwort entschied Minister Dr. Hermes dann, daß eine besondere Zuweisung von Zucker an die Weinbauern von Mosel, Saar und Ruwer zu erfolgen habe, daß dagegen die anderen Weinbaugebiete, aus denen weniger dringliche Klagen vorlägen, unberücksichtigt bleiben sollten. Die Verteilung des zur Verfügung zu stellenden Zuckers solle durch den Winzerverband von Mosel, Saar und Ruwer erfolgen.

Am 21. Dezember fand dann in dieser Angelegenheit eine zweite Sitzung im Ministerium statt, an der außer den Herren Jaffé, Dr. Jungel und Dr. Diel auch die Herren Jügler und Feldmann von der Reichszuckerstelle und der Reichszuckerausgleichsgesellschaft, Abg. Beltin als Vertreter des Winzerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer und die Herren Milz (Neuenhagen) und Seufferheld (Trier) teilnahmen.

In dieser Besprechung teilte Geheimrat Jaffé mit, daß Minister Dr. Hermes dem Winzerverband eine Sonderzuweisung an Zucker bewilligt habe. In längeren Erörterungen wurde dann die zu bewilligende Menge auf 4000 Doppelzentner festgesetzt. Die Vertreter des Winzerverbandes konnten in der Sitzung über die Art der Verteilung des Zuckers keine näheren Angaben machen, gaben aber die Versicherung ab, daß die bewilligten Mengen lediglich für die Weinverbesserung Verwendung finden würden.

Arbeitsplan des Reichstags.

Die vereinigten Steuerausschüsse des Reichstages treten morgen zu einer letzten Sitzung zusammen. Da die noch ausstehenden Berichte über sechs Gesetzentwürfe nicht vor Mitte der nächsten Woche fertiggestellt werden können, beschloß der Aeltestenrat in seiner heutigen Sitzung, Sonnabend und Montag keine Plenarsitzungen abzuhalten. Am Dienstag und Mittwoch soll die Etatsberatung mit dem Etat des Reichswehrministers und des Auswärtigen Amtes fortgesetzt werden. Donnerstag beginnt dann die zweite Beratung der Steuervorlagen.

Dollar wieder 252!

Die gestrige Abschwächung am Devisenmarkt setzte sich heute nicht mehr fort. Der Dollar wurde anfangs mit 246 gehandelt und stieg bis Mittag auf 252½. Am Effektenmarkt ist das Geschäft noch sehr still. Die Stimmung hat sich jedoch wesentlich gebessert. Man nimmt an, daß die Gerüchte über große Verluste einzelner Bankfirmen übertrieben sind. Die Baissespekulation schreitet bereits zu Deckungskäufen. Nur in einzelnen Bankaktien wurde noch ein starkes Angebot beobachtet und das herauskommende Material von den zuständigen Instituten aufgekauft.

Beginn der Verhandlungen mit den Beamten

Im Reichsfinanzministerium begannen heute vormittag unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors v. Schlieben die Verhandlungen mit den Vertretungen der Beamten über die neue Teuerungsaktion. An den Besprechungen nahmen die Spitzenorganisationen der Beamten, der freien und der christlichen Gewerkschaften teil. Während bisher die Eisenbahnbeamten gesondert mit den übrigen Beamten mit dem Reichsverkehrsminister verhandelten, werden jetzt die Wünsche der Eisenbahner im Rahmen der allgemeinen Verhandlungen berücksichtigt.

2. und 3. Internationale.

Eine Warschauer WTB.-Meldung aus Moskau behauptet, Radek habe in einer Sitzung der Dritten Internationale über das Ergebnis seiner Reise nach Berlin berichtet, wo er über den Zusammenschluß der Zweiten und Dritten Internationale verhandelt habe. Aus den Verhandlungen habe sich ergeben, daß die Zweite Internationale mit der Dritten nicht zusammenzuarbeiten wünsche. Verhandlungen zwischen Radek und Vertretern der Zweiten Internationale über einen Zusammenschluß sind niemals geführt worden. Radek kann also auch nicht über sie berichtet haben.

1 Pfund Brot 12,50 Mark?!

Schon in der Aussprache über die Aufhebung der Zwangswirtschaft haben die sozialdemokratischen Redner im Reichstag daraf hingewiesen, daß der Erfolg dieser Maßnahme eine schnelle Annäherung der Getreidepreise an den Weltmarktpreis sein werde. Heute sind wir bereits soweit, ja die Getreidepreise hätten den Weltmarktpreis schon überstiegen, wenn die Mark in den letzten Tagen nicht erheblich im Auslande an Wert eingebüßt hätte. Weizen, der unter der Zwangswirtschaft mit 85 M. pro Zentner bezahlt wurde, ist auf 550 M. gestiegen, und der Roggen, der 75 M. kostete, steht mit fast 500 M. pro Zentner im Preise. Die in einem Jahre eingetretene Steigerung beträgt also rund das Achtfache. Zahlreiche Landwirte und Händler rechnen mit einem weiteren Steigen, desgleichen mit einer weiteren Verschlechterung der Valuta; denn dafür spricht die Tatsache, daß das Getreide der neuen Ernte schon jetzt aufgekauft und mit Preisen bezahlt wird, die um 300 bis 500 M. pro Zentner höher stehen. Geht die Entwicklung so weiter, so ist damit zu rechnen, daß das Vierpfundbrot im neuen Erntejahre annähernd 50 M. kostet.

Eine derartige Steigerung des Brotpreises würde Millionen deutscher Invaliden-, Alters-, Unfall- und Kriegsrentner dem Verhungern näherbringen, zahlreiche Arbeiter, Angestellte und Beamte tiefer ins Elend sinken lassen. Hierüber aber machen sich die Agrarier keine Gedanken. Sie denken nicht an den Ruin der Volkskraft, wissen nur, daß auf dem Nahrungsmittelmarkt eine große Nachfrage vorhanden ist, der ein kleineres Angebot gegenübersteht, und daß Deutschland keine Geldmittel hat, um das überflüssige Getreide in Amerika und Australien zu kaufen. Sie nutzen also ihre Monopolstellung aus, unbekümmert, ob die Alten verhungern, ob die Jungen vorzeitig siech werden und rachitische Kinder geboren werden.

Was kann getan werden, um dieser gefahrdrohenden Entwicklung Einhalt zu gebieten? Das ist die bange Frage, die bald den Reichstag beschäftigen muß.

Es können die geschlossenen Kaufverträge auf die kommende Ernte durch Verordnung und Gesetz für ungültig erklärt werden. Das hat aber dann nur die gewollte Wirkung, wenn zugleich ein Höchstpreis festgesetzt wird. Aber auch mit Höchstpreisen auf Getreide ist nichts zu erreichen, denn der Landwirt ist dadurch nicht gezwungen, seine Vorräte zu verkaufen, und er würde es, wie wir ihn kennen, nicht tun. Große Mengen würden dann wieder in den Kanälen des Schleichhandels verschwinden, und noch größere Massen von Getreide würden dann durch die Viehmägen gejagt. Es müßte also die Zwangswirtschaft für Getreide, Kartoffeln und Vieh wieder eingeführt werden. So angenehm auch die Erinnerungen an die Preise während der Zeit der Zwangswirtschaft waren: einen neuen Apparat für eine neue Zwangswirtschaft jetzt wieder aufzubauen, erscheint uns unmöglich. Auch darüber soll man sich nicht hinwegtäuschen, daß die Widerstände gegen die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft ungemein groß, ja kaum überwindlich sind.

Es bleiben daher nur zwei Wege, die eingeschlagen werden können. Der erste ist: das Umlagesoll, das wir mit Mühe und Not erhalten haben, von 2¼ Millionen Tonnen nicht nur beizubehalten, sondern es auf 4½ Millionen zu erhöhen. Das ist eine durchaus berechtigte Forderung, denn wenn ungünstige Witterungsverhältnisse nicht eintreten, dürfte in Rücksicht darauf, daß Düngung und Ackerbestellung besser vorgenommen würden als bisher, der Ernteausfall im neuen Erntejahr nicht unbeträchtlich das Ergebnis des letzten übersteigen. Beträgt aber das Ernteergebnis 18 bis 19 Millionen Tonnen, so können ohne weiteres 4½ Millionen Tonnen als Umlagegetreide zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Wir sind uns klar darüber, daß die Landwirtschaft diese Forderung mit der Behauptung abwehren will, daß sie dadurch indirekt zu beträchtlichen Mehrleistungen herangezogen wird. Unsere Forderung ist aber schon deswegen berechtigt, weil die Landwirte nicht im entferntesten Veranlassung nehmen, Weltmarktlöhne zu zahlen, und weil sie für Schmied und Stellmacher, für Vieh und Düngemittel ebenfalls Weltmarktpreise nicht zu zahlen haben. Wir verkennen durchaus nicht, daß die Betriebsunkosten der Landwirtschaft ebenfalls beträchtlich gestiegen sind; aber sie sind nicht in dem Maße gestiegen, daß Weltmarktpreise für Getreide berechtigt wären. Es kann daher auch mit guten Gründen gesagt werden, daß eine erhöhte Umlage durchaus noch kein besonderes Opfer der Landwirtschaft bedeuten würde.

Damit ist aber noch nicht der notwendige Bedarf an Getreide gedeckt, und deshalb muß die Regierung allen Ernstes versuchen, im Auslande einen langfristigen Kredit zu erhalten. Die fehlenden Mengen dürften auch bei erhöhtem Ernteergebnis mindestens noch 2 Millionen Tonnen an Roggen und Weizen betragen. Gelingt es, einen langfristigen Kredit zu bekommen und eine allmähliche Stabilisierung des Markkurses herbeizuführen, so daß der Inlandspreis auch des freien Getreides ganz wesentlich gedrückt würde, dann wäre damit die Monopolstellung der deutschen Landwirtschaft gebrochen.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung wäre von erheblicher Tragweite; noch größer aber wäre die innerpolitische, denn es ist eine alte Erscheinung, daß gerade eine Brotpreiserhöhung die allerstärkste Unzufriedenheit im Volke auslöst. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird es als ihre Aufgabe betrachten müssen, die Regierung auf diesen Weg zu bringen, damit die Volkskraft nicht gelähmt wird und nicht neue nur allzu berechtigte Unzufriedenheit entsteht.

Gewerkschaften und Zwangsanleihe.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst teilt mit:

Am Donnerstagnachmittag waren Vertreter sämtlicher gewerkschaftlicher Spitzenverbände zum Reichsfinanzminister geladen, um sich über die Durchführung der Zwangsanleihe zu äußern. In der Sitzung, die von Staatssekretär Schröder geleitet wurde, machten die Regierungsvertreter Mitteilungen über die vom Reichsfinanzministerium geplanten und durch die Presse bereits mitgeteilten Ausführungsbestimmungen. Die Regierungsvertreter betonten ausdrücklich, daß es sich um ganz unverbindliche Vorschläge handelt und endgültige Pläne noch nicht bestehen. Für die Freien Gewerkschaften sprach Genosse Tarnow, dessen Ausführungen in der Hauptsache etwa folgendes besagten:

Die Zwangsanleihe muß so durchgeführt werden, daß sie ein sichtbares und erhebliches Opfer des Besitzes bedeutet, um einen Ausgleich für die einseitig schwere Steuerbelastung der breiten Massen herbeizuführen. Die Einhebung muß sofort, mindestens noch 1922 erfolgen. Die Veranlagung darf nicht nach dem Reichsnotopfer vorgenommen werden, weil inzwischen wesentliche Vermögensverschiebungen stattgefunden haben und weil damals der Sachbesitz ganz unzulänglich bewertet wurde. Deshalb muß neu veranlagt werden, unter Heranziehung des Sachbesitzes nach dem gemeinen Wert. Wenn die Veranlagung von den Finanzämtern nicht früher als nach dem Vermögensstand vom Jahresschluß 1922 durchgeführt werden kann, muß die vorherige Aufbringung durch entsprechende Vorzahlungen gesichert werden. Die Vorzahlungen dürfen nicht lediglich auf Selbsteinschätzung beruhen. Vielmehr sind für das Grund- und Betriebsvermögen Leistungen festzusetzen, wonach in Land- und Forstwirtschaft je Hektarnutzfläche, in Gewerbe und Industrie je beschäftigtem Arbeiter ein bestimmter Goldmarkbetrag gezeichnet werden muß. Um die Spekulation auf weitere Markentwertung durch Hinausschiebung der Einzahlungen zu verhindern, genügen die geplanten Maßnahmen — 5 Proz. Diskont bei baldiger, 50 Proz. Strafzins bei verspäteter Einzahlung — nicht, da möglicherweise trotzdem bei verspäteter Einzahlung noch ein Gewinn für den Anleihepflichtigen übrig bleibt. Es wird sich deshalb empfehlen, die Veranlagung in Goldmark und bei der Einhebung in Papiermark eine Umrechnung nach dem jeweiligen Kurse vorzunehmen. Um den Anreiz für beschleunigte Einzahlungen zu erhöhen, könnte bis zu einem bestimmten Termine der durchschnittliche Tageskurs des der Zahlung vorhergehenden Monats oder Vierteljahrs zugrunde gelegt werden. Die Verzinsung nach Ablauf der drei zinslosen Jahre darf nicht über 3 Proz. betragen. Eine allgemeine Pflicht des Reiches zur Beleihung der Anleihe darf nicht festgelegt werden. Der ganze Zweck der Anleihe wäre verfehlt, wenn das auf der einen Seite Eingezahlte, auf der anderen Seite wieder an die Anleihezeichner zurückgegeben werden müßte. Die Lombardierung muß sich deshalb auf Ausnahmefälle beschränken.

Die weitere Aussprache ergab weitgehende Uebereinstimmung zwischen den Vertretern sämtlicher Gewerkschaften im Sinne der Ausführungen Tarnows.

Eine belgische Zeitung in Aachen. In Aachen ist die erste Nummer der vor einiger Zeit angekündigten belgischen Zeitung in französischer Sprache für das besetzte Gebiet erschienen. Die Zeitung erscheint vorläufig als Wochenschrift. Angeblich will man sich in politische Fragen und besonders in die rheinische Politik nicht einmischen, dafür aber „unerbittlich die Schachzüge der Leute, die den Krieg wollen, enthüllen". Wie die Nichteinmischung zu verstehen ist, zeigt der Aufruf selbst, der, wie die „Kölnische Zeitung" schreibt, von dem Rheinland wie von einem selbständigen Staatswesen spricht und z. B. der deutschen Presse die rheinische Presse so gegenüberstellt, als ob sie nicht zur deutschen Presse gehöre.

Regelung der Reparationen vor Genua?

Paris, 10. März. (WTB.) Zu den Verhandlungen der alliierten Finanzminister bemerkt der „Petit Parisien": Es sei zu bemerken, daß vor der Genueser Konferenz eine allgemeine Regelung des Reparationsproblems erfolgen werde. Die alliierten Finanzminister würden vor Beendigung der Beratungen die Frage erörtern, wie sich die Unterbringung einer deutschen Anleihe im Auslande, die vor allem dazu bestimmt sei, Frankreich und Belgien zu entschädigen, ermöglichen lasse.

Die jetzige Konferenz dürfe als Ausgangspunkt für Studien anzusehen sein, die in kürzester Frist — in etwa zwei bis drei Wochen — zu einer neuen Besprechung führen könnten, es sei denn, die Regelung dieser Frage werde der Reparationskommission überlassen. Jedenfalls werde eine allgemeine Regelung noch vor der Konferenz von Genua erwartet.

Auch der „Matin" spricht angesichts der Ablehnung der Vereinigten Staaten, sich an der Konferenz von Genua zu beteiligen, von der Notwendigkeit, daß Europa nunmehr die Verpflichtung habe, sich selbst zu helfen. Das Blatt glaubt, daß sich die Finanzminister mit einem umfassenden Plane zur Einleitung einer internationalen Kreditoperation, der Maßnahmen zur Stabilisierung der Wechselkurse voranzugehen hätten, beschäftigen werden. Hierdurch würden die Gläubiger Deutschlands in den kommenden Jahren über genügend Barmittel verfügen können, um ihre Budgets ins Gleichgewicht zu bringen.

Der Erfolg der Finanzkonferenz.

Paris, 9. März. (WTB.) Die Verhandlungen der Finanzminister haben, wie die Agence Havas berichtet, heute große Fortschritte gemacht und werden morgen wahrscheinlich zu einer völligen Einigung führen. Die Artikel des in Cannes ausgearbeiteten Kompromißvorschlages sind nochmals durchberaten worden. Ein endgültiger Text, der wesentlich abgeändert wurde, wird die seit der letzten Sitzung des Obersten Rates in der Schwebe befindlichen Fragen, besonders die der Besatzungskosten, der Bewertung der Saargruben, der Verteilung der Zahlungen Deutschlands usw. regeln. Die Wiesbadener Abmachungen dürften im ganzen gebilligt werden. Es wird Sache der Reparationskommission sein, heißt es in der Havas-Meldung weiter, die von Deutschland 1922 und in den folgenden Jahren zu leistenden Zahlungen festzusetzen. De Lasteyrie hat seine alliierten Kollegen verpflichtet, ihre Regierungen aufzufordern, Anweisungen an ihre in der Reparationskommission sitzenden Vertreter zu geben, um bei Deutschland nachdrücklich darauf zu dringen, daß es seine Verpflichtungen ausführe. Sir Robert Horne, Theunis und Peano haben beschlossen, in diesem Sinne zu wirken.

Rücktritt des indischen Staatssekretärs.

Infolge der Veröffentlichung der Depesche der indischen Regierung, in der nachdrücklich Befriedigung der türkischen Wünsche auf der Konferenz über den Nahen Osten gefordert wird, gab Chamberlain im Unterhause die Erklärung ab, daß der Staatssekretär für Indien, Montague, sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe, das angenommen worden sei. Chamberlain teilte mit, daß Montague die Veröffentlichung der Depesche genehmigt habe, ohne irgendeinen seiner Kollegen um Rat zu fragen, und betonte, wie nachteilig die Veröffentlichung am Vorabend der Konferenz sei; die britische Regierung könne die Veröffentlichung der Depesche auf die alleinige Verantwortung Montagues hin nicht in Uebereinstimmung bringen mit der Gesamtverantwortung des Kabinetts und mit der Verpflichtung, welche alle Regierungen des britischen Reiches gegeneinander in Reichsangelegenheiten hätten.

Die Mitteilung von dem Rücktritt Montagues wurde von den Unionisten mit lautem Beifall aufgenommen.

Zeitungsnachrichten zufolge soll Lloyd George erst durch die Morgenblätter Kenntnis von dem Telegramm der indischen Regierung erhalten haben, in dem sie eine Revision des Vertrages von Sèvres fordert. Er habe sofort den Staatssekretär für Indien, Montague, und die übrigen Mitglieder des Kabinetts zusammenberufen. Montague habe erklärt, er habe selbstverständlich seine Genehmigung zur Veröffentlichung des Telegramms erteilt. Hierauf habe ihn Lloyd George ersucht, seine Demission zu geben.

Ein englischer Landabrüstungsvorschlag.

Paris, 10. März. (WTB.) Wie das „Echo de Paris" mitteilt, liegt der gemischten Kommission des Völkerbundes zur Beschränkung der Rüstungen zu Lande ein Entwurf seines englischen Mitgliedes Lord Esher vor, der dazu bestimmt ist, eine allgemeine Herabsetzung der Rüstungen zu Lande herbeizuführen. Dieser Entwurf soll im September der Vollversammlung des Völkerbundes unterbreitet werden. Dem Entwurf liegt der Gedanke zugrunde, für die Dauer von zehn Jahren ein System für die Landheere zu schaffen, das sich unter Einschluß des Heeresbestandes, der Polizeikräfte und der Generalstäbe in den einzelnen europäischen Ländern auf einer Grundeffektivstärke von 30 000 Mann aufbaut. Der Koeffizient wird je nach der Lage des einzelnen Landes bestimmt und kann bis zu sechs gehen.

Nach dem Plane von Lord Esher würden erhalten: Belgien zwei Einheiten, 60 000 Mann, die Tschechoslowakei drei Einheiten, 90 000 Mann, Dänemark zwei Einheiten, 60 000 Mann, Frankreich sechs Einheiten, 180 000 Mann, England drei Einheiten, 90 000 Mann, Griechenland drei Einheiten, 90 000 Mann, Italien vier Einheiten, 120 000 Mann, Südslawien, Holland, Rumänien und Spanien drei Einheiten, 90 000 Mann, Polen vier Einheiten, 120 000 Mann, Norwegen und die Schweiz zwei Einheiten, 60 000 Mann, Portugal eine Einheit, 30 000 Mann.

Calonder über Oberschlesien.

Genf, 10. März. (WTB.) In der Rede des Bundespräsidenten Calonder vor den Pressevertretern wurde zum ersten Male von amtlicher Seite der deutsch-polnischen Konferenz ein ausführlicher Ueberblick über den Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen und ihre bisherigen Ergebnisse gegeben. Präsident Calonder führte im wesentlichen aus:

Die Verhandlungen treten nunmehr in ihre Schlußphase ein, in die Phase der Prüfung und der Lösung aller Fragen, in denen zwischen den Verhandlungführenden eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Wir bemühen uns, die Zahl dieser Fragen zu verringern, aber obgleich unsere Bemühungen in einigen Fällen zum Ziel führen, ist es doch möglich und sogar wahrscheinlich, daß ein Rest von Fragen bleibt, über die eine Einigung nicht erzielt werden kann.

Die 11 Unterausschüsse haben in Oberschlesien die Abkommensentwürfe vorbereitet und in Genf vollendet. In einzelnen Fällen wurden die Abkommensentwürfe völlig abgeschlossen, so daß die Projekte über Wasserfragen, Eisenbahnen, Sozialversicherung, Kohlenbergwerkserzeugnisse, Zoll- und Verkehr von beiden Abordnungen gebilligt worden sind. In anderen Fällen, in denen die Ausschüsse zu keiner Einigung gelangten, wurden die Entwürfe vorgelegt, dabei aber gewisse Fragen einer unmittelbaren Verständigung zwischen den Bevollmächtigten vorbehalten. Die Bemühungen der Unterhändler werden nunmehr den noch bestehenden Streitfällen und ihrer Lösung gelten. Diese Lösung wird angestrebt durch unmittelbare Verhandlungen entweder zwischen den Bevollmächtigten oder zwischen den Bevollmächtigten und mir. Dabei bestehen drei Möglichkeiten einer Lösung: entweder die unmittelbare Einigung zwischen den Bevollmächtigten oder die Einigung durch Vermittlung des Präsidenten oder die Lösung durch Schiedsspruch des Präsidenten. Im Hinblick darauf haben sich die beiden Abordnungen verpflichtet, mir bis spätestens den 11. März Denkschriften zu überreichen, in denen sie ihren Standpunkt darlegen und begründen. Ich werde diese Denkschriften prüfen und, wenn die beiden Parteien es wünschen, eine Vermittlung versuchen. Falls die Vermittlung scheitert, fälle ich den Schiedsspruch, und zwar in allgemeiner öffentlicher Vollsitzung. Damit werden dann die öffentlichen Verhandlungen abgeschlossen sein.

Calonder rühmte endlich den Geist der Versöhnung, der die beiden Abordnungen, besonders die beiden Bevollmächtigten, beseele, und schloß seine Darlegungen mit einem Appell an die oberschlesische Bevölkerung.

Der Generalstreik in Südafrika. Die südafrikanische Regierung hat mit Rücksicht auf die Unruhen mehrere Infanterieregimenter mobilisiert, um die Polizei von Johannesburg zu verstärken.

Vorfrühling.

Von Artur Zickler.

Eigentlich wollte ich nach Hause gehen, weil ich noch zu arbeiten habe. Aber ich stehe an der Straßenecke und wundere mich über alle Maßen und schon seit einer Viertelstunde, wieviel Licht so ein Märztag auszuschütten vermag. Die Straßensteine flimmern in der Sonne, alle Farben werden köstlich bunter, und der milde Wind schmeckt nach Frühling, daß einem darob die Jugend nur so in den Adern saust. Geradezu märchenhaft ist das; es würde mich nicht in Erstaunen setzen, wenn auf der ausfahrenden Hochbahn zwei Putten sich balgten oder ein Faun vergnüglich über die Straßenbreite herüberblinzelte.

Also finde ich es auch ganz in der Ordnung, daß ich am Arm gestupft werde und daß Dörte neben mir steht und lacht. Dörte ist ein kleines blondes Wandervogelmädchen, an dem ich einen Narren gefressen habe. Wenn Dörte lacht, zieht sie die Nase in krause Falten, und, wie gesagt, eben tut sie das, und ich hätte ihr beinahe einen Kuß gegeben, wenn die Gegend nicht zu verkehrsreich wäre.

Dörte hat auch furchtbar wenig Zeit, aber als ich ihr sagte, daß mir so fein blöd zumute ist, hält sie es doch für angebracht, mitzutun.

Das heißt: wir fahren in den Grunewald. Das Abteil ist vollkommen leer, und ich kann Dörte zeigen, wie man innerlich wahrhaftig die Augen aufschlägt, welches Gesicht man aufsteckt, wenn Löns gesungen wird — und derlei freideutschen Schnickschnack. Bloß, damit Dörte lacht und wegen der Falten auf der Nase.

In der Natur nehme ich mich natürlich zusammen. Die lichthungrigen Kiefern haben sich so voll Sonne gesogen, daß ihre Stämme wie Bronze leuchten, und der Himmel ist so blau, daß man in ihm baden möchte. Jetzt lassen sich auch die Glieder nicht mehr halten, wir toben dahin, daß Dörtes Haarnadeln nur so fliegen. Nur deswegen muß sie stehenbleiben und kann ich sie fangen, sonst „hätte ich sie nicht gekriegt". Ich lasse ihr den Glauben gern; denn glauben macht selig, und Dörte gönne ich die Seligkeit; auch wenn sie nichts kostet.

Schließlich kommen wir an einen See. Dörte will schwimmen. Ich runzle die Brauen und bedeute, daß ich für sie verantwortlich bin. Daß sie in den Tod gehe. Das will sie auch, sagt sie.

Worauf ich sie vom See wegzerre und drakonische Maßregeln androhe. Damit ist der Putsch im Keime erstickt, und ich gebe ihr einen väterlichen Kuß; denn nirgendwo steht wer, der das beanstanden könnte.

Dann laufen wir friedlich durch den heiter-blassen Spätnachmittag zur Bahnstation und Dörte meint, als Abendbrot gäbe es daheim Keile — aber der Leser wird bereits bemerkt haben, daß Dörte ein stark flunkerndes Mädchen ist.

Schiller-Theater: „Robinsons Eiland" von Ludwig Fulda. Die Fuldasche, nicht in allen Partien gleichmäßig abgerundete, aber in der satirischen Grundidee treffliche Komödie erwies sich auch in dieser neuen Aufführung des Schiller-Theaters als unverändert wirksam. Aus der Enge der üblichen Verlobungs- und Eheirrungsspielereien, in der das bürgerliche Lustspiel sich sonst herumtreibt, findet der Autor da den Weg zu Höhen einer weiteren und freieren Ironie. Er verspottet die hohle Maskerade dieser ganzen Welt, in der die Geltung des einzelnen sich statt nach wirklichem Können so oft nach bloßem Geldbesitz, nach Rang und Titeln bemißt. Der funkelnagelneue Luxusdampfer eines Nabobs, der auf seiner ersten Reise eine ganze Kollektion von Spitzen der Gesellschaft, eine ahnenstolze Durchlaucht, einen gefeierten Professor usw. mitschleppt, erleidet Schiffbruch im Stillen Ozean. Die im Rettungsboot auf eine einsame Insel verschlagenen Passagiere, die plötzlich nun auf eigene Arbeit ihrer Hände angewiesen sind, müssen sich wohl oder übel einem armen Teufel von Maschinisten, der der Situation gewachsen ist, als Leiter und Organisator unterordnen. Die radikale Umwertung aller Werte, die so entsteht, wird lustspielmäßig unterhaltsam ausgebeutet. Der Nabob und die Durchlaucht, die der Zwang zur Arbeit am tiefsten empört, übernehmen die Rolle von Aufhetzern und Streikposten, indessen ohne bei der immerhin vernünftigeren Mehrheit durchzudringen. Bis dann nach Jahresfrist ein deutsches Kriegsschiff die Verschollenen in die geregelten Verhältnisse der Heimat zurückbringt, wo sie sofort beflissen sind, die unliebsame fatale Lage nach Kräften zu vergessen. — In flottem Spiele zogen die Szenen vorüber. Sehr gut war Alfred Brauns kraftvoller Maschinenheizerbursch. Gertrud Selle als das von der Durchlaucht zu ihm herüberwechselnde Nabobstöchterchen und die Herren Wirth, Köstlin und Menzel sekundierten mit glücklichem Gelingen. Der starke Beifall rief auch den Autor vor den Vorhang. dt.

Für vier Milliarden Radium. Ueber den gegenwärtigen Radiumbesitz der Welt und über die Verwendung, die dies Radium gefunden hat, äußerte sich der berühmte englische Naturforscher Sir Ernest Rutherford in einem Vortrag, den er in der Londoner Royal Institution hielt. Seit der Entdeckung des Radiums, seit 1896, sind im ganzen 160 Gramm Radium gewonnen worden, deren Wert von Rutherford auf 4 Millionen Pfund geschätzt wird, was nach dem jetzigen Valutastand 4 Milliarden Mark betragen würde. Große Mengen dieses Radiumschatzes wurden während des Krieges verwendet, und das meiste davon befindet sich zweifellos im Gebrauch der verschiedenen Krankenhäuser in der ganzen Welt. Die Gelehrten und Forscher, die sich mit dem Studium des Radiums beschäftigen, haben höchstens zusammen 5 oder 6 Gramm in ihrem Besitz, und dies nur durch die Freigebigkeit verschiedener Radiumerzeuger. Zur Gewinnung dieser Radiummenge ist eine riesige Masse des radiumhaltigen Minerals Karnotit verwendet worden; aus 5000 Tonnen Erz gewinnt man etwa 1 Gramm Radium. Rutherford hat berechnet, daß die gesamte verarbeitete Erzmenge die Strecke zwischen London und Edinburgh, also mehr als 600 Kilometer bedecken würde; das daraus gewonnene Radium aber nur eine Strecke von 4 Zoll.

Ein neues russisches Kabarett. Die Russen hatten vor dem Krieg eine reizende Kleinkunst der Unterhaltung geschaffen, die in einer eigenartigen Mischung von Volkstümlichem und Raffiniertem gipfelte. Kein Wunder, daß die große russische Kolonie in Berlin, die viele zahlungsfähige Mitglieder und eine Menge junger Künstler aufweist, dieses Genre neu zu beleben sucht. Am Kurfürstendamm wurde Donnerstag ein neues russisches Kabarett eröffnet — bereits das zweite seiner Art. Es nennt sich Wanka Wstanka (Stehaufmännchen) und will durch seinen Namen andeuten, daß Rußland sich trotz der Ungeheuerlichkeit seines Schicksals nicht unterkriegen läßt. Der Maler Andrejeff hat dem Lokal recht anheimelnde Bemalung in frischen Farben verliehen, Farbe und Melodie durchzieht das ganze reichhaltige Repertoire. In Anknüpfung an ältere Bauern- und andere ältere nationale russische Kunst wird ein wahrer Farbentempel aufgetan in Kostümen und Hintergründen. Das Auge schwelgt in rauschenden Farbenakkorden; dazu wird edelste russische Musik in hervorragender Ausführung geboten. Das Programm ist rein russisch; es appelliert an die Sehnsucht der Emigranten nach dem alten schönen Rußland von Peter dem Großen bis zum soldatischen, übrigens sehr lustigen Zapfenstreich. Eine Heiratsszene aus dem alten gemütlichen Moskau wird beschworen, ein Kindergebet schildert die Not der Hungernden. Wie es dem Emigranten im Auslande geht, führt eindringlich der Nisum-Reigen vor. In jedem Land wird der Russe malträtiert und soll das machen, was er nicht kann — Bogen in England und Geigespielen in Rumänien. Die Physiognomien der Künstler werden noch kräftiger hervortreten. P. Trotzki, Bottler, die Platonowa seien schon jetzt hervorgehoben.

Granaten als Kirchenglocken. Die kleine Gemeinde Marhorst bei Twistringen (Bremen) hat seinerzeit, wie viele andere auch, ihre Kirchenglocken dem Kriegsmoloch zum Opfer bringen müssen, und da ihr bisher die Mittel fehlten, neue Glocken anzuschaffen, verfiel sie auf einen gewiß nicht alltäglichen Gedanken, dem Uebelstand des fehlenden Geläutes abzuhelfen. Man sagte sich: gingen einst die Glocken als Granaten ins Feld, so mögen jetzt die Granaten als Glocken in den Kirchturm wandern! Und in der Tat, in luftiger Höhe des Marhorster Glockenstuhles hängen seit einiger Zeit die metallenen Hüllen zweier großer Artilleriegeschosse als Glockenersatz. Zwischen ihnen ist ein beweglicher Eisenklöppel angebracht, der die Pseudo-Glocken anschlägt, die nun, statt ihrer eigentlichen Bestimmung gemäß Tod und Verderben zu speien, allsonntäglich mit freundlicher, heller Stimme zur Sonntagsfeier rufen.

Der frühere Generalintendant des Stuttgarter Hoftheaters, Baron Georg Edler zu Putlitz ist in Stuttgart nach einer Darmoperation gestorben. Putlitz mußte nach der Revolution demissionieren, wurde aber dann vom Bühnenverein, der Organisation der Theaterdirektoren, zum 1. Vorsitzenden gewählt. Er hat dann an der Ausarbeitung des von der Genossenschaft und dem Bühnenverein gemeinsam geschaffenen Tarifwerks mitgewirkt.

Vorträge. In der Deutsch-Schwedischen Vereinigung spricht Freitag 8 Uhr in der Universität, Neue Aula, Hörsaal 1, Prof. Günther-Norder (Hildesheim) über „Baugeschichtliche Bilder aus alten niederdeutschen Städten und ihre Beziehungen zur schwedischen Baukunst".

Neuer Kampf ums Burgenland?

Wien, 10. März. (WTB.) Der Nationalrat behandelte gestern dringliche Anfragen betreffend die ungarischen Gebietsansprüche im Burgenlande. Sowohl Mataja (Christlichsozial) und Dürff (Großdeutsch) als auch Renner (Sozialist) brachten einmütig die Auffassung zum Ausdruck, daß sich in Oesterreich keine Partei finden werde, die über das Venediger Protokoll hinaus weitere Opfer an burgenländischem Gebiet für erträglich halten könnte, auch könne keine österreichische Regierung einen derartigen Schritt rechtfertigen.

Bundeskanzler Schober erklärte, die österreichische Regierung habe unverzüglich die Westmächte, die in Mitteleuropa interessierten Staaten und den Völkerbund von dem neuen Versuch Ungarns, die burgenländische Frage wieder aufzurollen, in Kenntnis gesetzt und darauf aufmerksam gemacht, welche schwere Verletzung der Rechte Oesterreichs damit versucht werde. Der Bundeskanzler stellte fest, daß die Venediger Verhandlungen keine Grundlage für neue ungarische Gebietsforderungen abgeben können und verwies auf die vom ungarischen Ministerpräsidenten nach der Oedenburger Abstimmung abgegebene Erklärung, daß nunmehr mit der Bereinigung der westungarischen Frage der einzige Zankapfel zwischen Oesterreich und Ungarn weggefallen und damit die Möglichkeit für das Zusammenwirken der beiden Staaten gegeben sei. Wenn nun Ungarn fünf Wochen später so tue, als wenn Venedig und irgendwelche Verhandlungen und Verträge nicht existierten, so könne sich der Bundeskanzler von diesem Platze aus natürlich schwer darüber äußern. (Lebhafte Zustimmung.) Dazu gehöre eben eine andere Mentalität als die eines Deutschen. (Lebhafter Beifall.) Er habe bereits in Venedig Gelegenheit gehabt, in offener Verhandlung zu sagen: „Ich bitte, meine Herren, wir sind ja alle Europäer!" Dieses Wort möchte er auch heute anwenden. Der Bundeskanzler schloß: Einen Handel über die Gemeinden des Burgenlandes gibt es nicht, dabei bleiben wir! (Lebhafter Beifall.)

•

Im Zusammenhang mit den neuen ungarischen Forderungen veröffentlichen die Wiener Blätter höchst beunruhigende Meldungen über das Treiben der Freischärler, die zu einem neuen Ueberfall auf die westungarischen Gebiete vollständig gerüstet scheinen. Größere Trupps der Freischärler sind an verschiedenen Grenzorten gesichtet worden. Im ganzen Burgenland werden Flugblätter verbreitet, in denen die Bevölkerung zum Abfall von Oesterreich aufgefordert und mit der furchtbaren Rache der Magyaren bedroht wird, falls sie an Oesterreich festhält.

Eine Rede Lenins.

Moskau, 10. März. (Intel.) Auf dem Kongreß der Metallarbeiter hat Lenin eine große Rede gehalten, die sich mit allen Fragen der russischen Politik beschäftigte. Lenin führte aus, daß sich gegenwärtig die Konferenz von Genua in einer so unbestimmten Lage befindet, daß niemand, selbst die Initiatoren und Einberufer der Konferenz, nicht wissen, ob sie stattfinden wird. Rußland trifft daran keine Schuld. Rußland war auf die Konferenz eingegangen wie ein Kaufmann, um über angemessene politische Bedingungen des Handels mit den kapitalistischen Ländern, den Rußland und die bürgerlichen Staaten gleich notwendig haben, zu beraten. Daß wir Bedingungen, die wir eingehen, einhalten können, beweist die immer größer werdende Zahl der von uns abgeschlossenen Geschäftsverträge, deren Verzeichnis mehrere Seiten umfassen würde und unter denen sich Dutzende praktischer Angebote befinden, die mit solchen Finanzgruppen durchberaten worden sind. Was die Meldungen ausländischer Blätter angeht, daß Rußland in Genua neue Bedingungen gestellt werden sollen, so sei mir gestattet, zu erklären:

Ich hoffe, persönlich Lloyd George in Genua sagen zu können:

„Wir haben schon genug Drohungen gehört, auch Drohungen mit Kanonen. Wir haben keine Angst davor. Die europäischen Diplomaten mögen nicht vergessen, daß bei uns kein Bauer und kein Arbeiter vergessen hat und vergessen wird, daß er gegen den Bund der mächtigsten Staaten, welche die Interventionspolitik unterstützten, welche eine große Reihe von Verträgen mit den Koltschak und Denikin abgeschlossen haben, gekämpft hat, und daß er nicht besiegt worden ist. Wir haben schon eine Probezeit durchgemacht, wir haben dabei schwere, blutige und qualvolle Wunden davongetragen. Wir sind dadurch gewitzigt geworden." Ich hoffe, daß meine Krankheit, die mir schon seit Monaten keine Möglichkeit gibt, unmittelbar an den politischen Geschäften teilzunehmen und mir überhaupt nicht erlaubt, das mir übertragene Sowjetamt auszuüben, mir schon in einigen Wochen erlauben wird, meine amtliche Tätigkeit wieder aufzunehmen und Lloyd George persönlich zu sagen, daß es angebracht ist,

uns mit Drohungen zu verschonen.

Am richtigsten hat die Lage Trotzki am Tage nach der Verschiebung der Konferenz von Genua gekennzeichnet, als er in einem Armeebefehl ausführte, daß alle Versuche, uns Bedingungen wie Besiegten aufzuerlegen, wahrer Unsinn sind, auf die einzugehen zwecklos ist. Wir werden auf der Hut sein. Jeder Rote Soldat soll wissen, was diplomatisches Spiel und was die Macht der Waffen ist, die bis jetzt in allen Klassenkämpfen entschieden hat.

Lenin führte weiter aus: Wir können mit voller Bestimmtheit sagen, daß wir den Rückzug, den wir angetreten haben, bereits einstellen können und einstellen. Zur Frage der Menschewiken erklärte Lenin: Die Menschewiki hätten im Oktober 1917 den Kampf gegen sie in seiner gegenwärtigen Form herausgefordert. Wir haben ihnen den Terror entgegengestellt und werden das von neuem tun, wenn sie es noch einmal wagen. Wir haben die Macht inne und haben die Arbeiter und Bauern hinter uns. Wenn die Kapitalisten im Oktober 1917 unsere Vorschläge angenommen hätten, statt drei Jahre Krieg zu führen, so hätten sie fünfmal mehr als sie jetzt haben.

Sowjetrußland und Versailles.

Das amtliche Organ der Sowjetregierung „Iswestija" veröffentlicht, wie „Auß Preß" mitteilt, unter der Ueberschrift „Jeder ist sich selbst der Nächste" einen Artikel über die Frage der Anerkennung des Versailler Vertrages durch die Sowjetregierung. Der Verfasser des Artikels ist der Ansicht, daß Sowjetrußland seine bisherige Haltung zu der Frage der Anerkennung des Friedensvertrages von Versailles ändern müsse. Sowjetrußland müsse jetzt in Genua mit den Siegerstaaten ein Uebereinkommen treffen und den Friedensvertrag von Versailles anerkennen. Durch diese Anerkennung würde nach den „Iswestija" Sowjetrußland nur Nutzen ziehen, denn Deutschland würde dann verpflichtet sein, an Rußland 30 Milliarden Goldrubel zu zahlen.

Keine englischen Staatsgelder für das russische Hilfswerk.

London, 10. März (WTB.) Chamberlain teilte im Unterhause mit, daß mit Rücksicht auf die großen Summen, die Großbritannien bereits für das Hilfswerk in Europa gegeben habe, und mit Rücksicht auf die sehr schweren Lasten, die das britische Volk zu tragen habe, und auf das große Elend unter dem Volke die Regierung beschlossen habe, daß sie die Bereitstellung öffentlicher Geldmittel für das Hilfswerk zur Linderung der russischen Hungersnot nicht vorschlagen könne; es werde aber jede Anstrengung gemacht werden, um zu den bereits den Roten Kreuz-Gesellschaften zur Verfügung gestellten medizinischen Mitteln noch weitere hinzuzufügen. — Die Arbeiterpartei brachte ihre große Unzufriedenheit über diesen Beschluß zum Ausdruck.

Das Schicksal der Notwohnungen.

Die Mieter-Interessengemeinschaft aller Siedlungsbauten der Stadtgemeinde Groß-Berlin e. V. sendet uns mit Bezug auf den traurigen Zustand, in dem sich der größte Teil der Groß-Berliner Notwohnungen befindet, einen dringenden Hilferuf, dem wir folgendes entnehmen:

„In den Jahren 1919 bis 1921 sind unter Mithilfe des Staates, der Stadtgemeinde Berlin und der Vorortgemeinden vom ehemaligen Wohnungsverband verschiedene Notwohnungsbauten entstanden. Man muß bei diesen Bauten verschiedene Typen unterscheiden. Teilweise sind sie aus Holz oder Stein als Siedlungshäuschen gebaut, teilweise in Barackenform. Ferner sind ehemalige Militärbaracken zu Wohnzwecken umgebaut. Der letzte harte Winter hat das Wohnen in diesen leichten Baulichkeiten für die Familien fast unmöglich gemacht. So teilt uns der Mieterbund Swakopmunder Straße-Müllerstraße mit, daß die Bewohner ihre Wohnungen nur einigermaßen warm halten konnten, solange der kleine eiserne Feldofen rot glühte. Wer konnte aber von den Mitgliedern von morgens bis abends heizen? Wer sollte die Heizungskosten tragen; sind doch vornehmlich in diesen Wohnungen Flüchtlinge, Auslandsdeutsche und Kriegsbeschädigte untergebracht. Sollte es nicht möglich sein, diesen Wohnungen bessere Oefen zu geben? Kleine Kachelöfen, die den Brand der Kohle mehr ausnutzen, wären hier der beste Ausweg. Die Barackenkolonie am Tempelhofer Ringbahnhof hat dieselben Klagen vorzubringen, und die Bewohner leiden hier wie in der Barackenkolonie in Reinickendorf vornehmlich unter der völlig illusorischen Heizvorrichtung. In den Siedlungshaustypen (2 Familien) ist dieser Zustand im wesentlichen nicht anders, nur daß hier schon in einer Stube ein kleiner Kachelofen eingebaut ist. Der Fehler ist im Baubegründet. Die leichten doppelten Holzwände sollen durch Torfmulleinlagen gegen Witterungseinflüsse geschützt sein. Beobachtungen und Versuche haben ergeben, daß, wo diese Torfschicht überhaupt vorhanden ist, sie nur hineingeschüttet und nicht gestampft ist und sich im Laufe der Jahre so nach unten gesackt hat, daß die Wände im oberen Teil heute schon jede Isolierschicht entbehren und die Zimmer denselben Temperaturstand aufweisen, den wir im Freien zu verzeichnen haben.

Sobald die Sonne wärmespendend die Bewohner mit den Wohnungen wieder aussöhnt, entstehen neue Gefahren und Leiden, denn bei der Art unserer Wohnungen ist die Ungezieferplage von Jahr zu Jahr schlimmer geworden. Die Stadtgemeinde Groß-Berlin hat diese Baracken- und Siedlungskolonien mit dem Inkrafttreten Groß-Berlins übernommen. Die Bewohner verkennen nicht, daß ihre Wohnungen in dem heutigen Zustand ein Schmerzenskind für die Bezirksämter geworden sind und daß enorme Summen angewandt werden müßten, um die Wohnungen nicht der Baufälligkeit preiszugeben. Es ist aber von großer Wichtigkeit für die Wohnungsfrage, ob man die ca. 1200 Wohnungen der Allgemeinheit erhält oder ob man sie lediglich wegen der Kostenfrage eingehen läßt. Die Stadtgemeinde soll sich nun mit dem Plan tragen, diese Häuser abzustoßen, da sie infolge ihrer Finanznöte nicht in der Lage ist, die erforderlichen Mittel zur Erhaltung und Pflege der Wohnungen bereitzustellen. Infolge der unverschuldeten und verschuldeten Fehler der Erbauer all dieser 1200 Wohnungen sind die Erhaltungskosten keine geringen, aber es dürfte im Interesse der breiten Oeffentlichkeit liegen, zu erwägen, wie diesen Bewohnern geholfen werden kann, ohne daß man die Lasten der Wohnungserhaltung den Mietern auferlegt."

Die Notwohner richten nun an die Stadtgemeinde Groß-Berlin, im besonderen an den Ausschuß für Siedlungs- und Kleingärten, die Frage: Sind tatsächlich Pläne in Vorbereitung, die Notwohnungsbauten zu verkaufen und auf welcher Grundlage? Was sagen hierzu die Stadtverordneten der Parteien?"

Die angeblichen Gasgefahren.

In der letzten Zeit hatte sich die Zahl der durch Gasvergiftungen hervorgerufenen Todesfälle vermehrt. Diese Tatsache gab für eine Reihe von Berliner Blättern den willkommenen Anlaß, gegen die Städtischen Gaswerke vom Leder zu ziehen. In sensationell aufgemachten Artikeln wurde auf die Zusammensetzung des Gases hingewiesen, das für den menschlichen Organismus, insbesondere wegen seiner Geruchlosigkeit, gefährlich werde und eben dadurch die Gefahr, die durch Undichtigkeiten, offene Gashähne usw. entsteht, nicht erkennen lasse.

Die Direktion der Städtischen Gaswerke teilt nun hierzu mit, daß die Gaswerke Deutschlands durch die seit Jahren herrschende Kohlenknappheit gezwungen wurden, mit den Kohlen sehr sparsam umzugehen. Aus diesem Grunde mußte der in vielen Gaswerken, besonders den größeren, schon immer üblich gewesene Zusatz von Wassergas zum Steinkohlengas erhöht werden. Während früher der Wassergaszusatz 10—20 Prozent betrug, in Ausnahmefällen auch 30 Prozent, mußte der Wassergaszusatz wegen der Kohlenknappheit auf 30—35 Prozent erhöht werden, in manchen Städten sogar auf 50 Prozent. Berlin nimmt also unter den deutschen Städten keine Sonderstellung ein und der Zustand besteht auch nicht seit kurzem, sondern seit Jahren. Das Steinkohlengas enthält zirka 11 Prozent, das Wassergas zirka 37 Prozent Kohlenoxyd. Der hohe Kohlenoxydgehalt macht das Wassergas für den menschlichen Organismus gefährlicher, und zwar besonders gefährlich dadurch, daß es geruchlos ist. Aber durch die überwiegende Beimischung bedeutend weniger Kohlenoxyd enthaltenden Steinkohlengases wird der Prozentsatz des Kohlenoxyds im Mischgase wesentlich herabgesetzt. Außerdem wird die Gefahr, die in der Geruchlosigkeit des Wassergases besteht, durch den Zusatz des stark riechenden Kohlengases beseitigt. Jedes Ausströmen von Gas, auch geringster Mengen, macht sich durch den spezifischen Gasgeruch bemerkbar.

Es lag also durchaus keine Veranlassung vor, das Publikum zu beunruhigen, und zwar um so weniger, als der höhere Zusatz an Wassergas schon seit längerer Zeit besteht, ohne daß mehr Gasvergiftungen vorgekommen sind als früher. Wenn sich jetzt die Zahl der Todesfälle durch Gasvergiftungen vermehrt hat, so kann dies nur auf eine vergrößerte Unvorsichtigkeit des Publikums zurückzuführen sein.

Drei Raubüberfälle in Zehlendorf.

Die Täter unerkannt entkommen.

Drei Raubüberfälle im Verlauf einer Stunde verübten gestern abend zwei noch unbekannte junge Burschen auf Zehlendorfer Gebiet in einer Gegend, die früher vielen Ueberfällen ausgesetzt war, in der es aber infolge besonderer Sicherheitsvorkehrungen in der letzten Zeit ruhiger geworden war.

Der erste Ueberfall geschah gegen 8 Uhr. Als um diese Zeit der Fuhrherr Pilthofer die Berlin-Potsdamer Chaussee entlangradelte, wurde er plötzlich zwischen Zehlendorf und Wannsee in der Höhe des Mittelbusches von zwei jungen Burschen gestellt, die mit vorgehaltenem Revolver die Herausgabe seines Rades und seiner Brieftasche verlangten. Einer der Räuber war ebenfalls zu Rad. Der Fuhrherr mußte der Gewalt weichen und Rad und Tasche hergeben. Der eine Räuber schwang sich dann auf die geraubte Maschine und beide fuhren in der Richtung nach Berlin zu davon. Kurz vor 9 Uhr hatte ein Kaufmann Mengeringhausen aus der Annastr. 11 zu Zehlendorf auf dem gleichen Straßenzuge in der Nähe des Gasthofes von Krüger die gleiche Begegnung. Hier waren die Räuber ohne Räder. Auch dem Kaufmann, der sich auf dem Wege von Lichterfelde nach seiner Wohnung in Zehlendorf befand, raubten sie das Portemonnaie mit 19 M., seine goldene Uhr, Taschenmesser mit Perlmutterschale, eine Lupe und den Trauring vom Finger, alles zusammen für 30 000 M. Mengeringhausen begab sich gleich nach dem Ueberfall zur Zehlendorfer Kriminalpolizei und machte Anzeige. Während sich zwei Beamte der Schutzpolizei auf dem Wege zu der Ueberfallstelle befanden, hörten sie aus der Richtung vom Thielplatz her mehrere Schüsse fallen. Sie eilten jetzt dorthin und trafen den Oberlehrer Dr. Fechner vom Brabanter Platz 1 in Wilmersdorf, der an der Ecke der Cecilien- und Ihnestraße den Räubern in die Hände gefallen war. Ihm hatten sie, wieder mit dem Revolver drohend, die Krawattennadel, den Spazierstock und die Brieftasche geraubt. Aus der Beschreibung, die in Einzelheiten begreiflicherweise nicht ganz übereinstimmen, konnte festgestellt werden, daß der eine der Räuber einen hellen Mantel, wahrscheinlich einen Regenmantel, trug, der andere einen dunklen Paletot. Einer hatte einen gestutzten Schnurrbart. Beide sind etwa 20 Jahre alt und etwa 1,60 bis 1,65 Meter groß. Auf die Ermittelungen der Räuber ist für jeden Ueberfall eine Belohnung von 2000 M. ausgesetzt.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Fabrikbrand in Weißensee. In der letzten Nacht kam gegen 10 Uhr in Weißensee in der Langhansstraße 58 in einem zweistöckigen Fabrikgebäude ein größerer Brand aus, bei dem der Inhaber einer Fabrik für Gummilösung schwere Brandwunden erlitt. Der Brand entstand angeblich durch Entzündung der leicht entflammbaren Lösung. Bei dem Versuch, die Flamme zu löschen, zog sich der Fabrikbesitzer Theodor Gruber Brandwunden an den Händen, Armen und im Gesicht zu, die ihm auf der Brandstelle verbunden wurden. Als die Weißenseer Feuerwehr an der Brandstelle erschien, hatten die Flammen schon eine solche Ausdehnung erlangt, daß die Berliner Wehr um Hilfe ersucht wurde. Sie entsandte den 20. Automobilzug. Inzwischen hatten die Flammen auch die im oberen Geschoß untergebrachte Tischlerei ergriffen und dort ebenfalls reiche Nahrung gefunden. Der 70 Quadratmeter große Betrieb in dem kleinen Fabrikgebäude brannte vollständig aus, da sich die Gummilösung mit Wasser nicht löschen ließ. Die anrenzenden Gebäude blieben unversehrt; es gelang, sie wirksam zu schützen.

Im Berliner Fernsprechverkehr nach auswärts sind noch 68 Leitungen, vorwiegend nach dem Westen, gestört. Ganz unterbrochen ist noch der Verkehr mit Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen, Straßburg und Paris. Im Verkehr des Haupttelegraphenamts hat sich die Zahl der Störungen ebenfalls vermindert. Nach dem Ausland fehlen noch die telegraphischen Verbindungen mit Mailand, Amsterdam, Brüssel, Antwerpen, Krakau, Bern und Riga.

Spende des Oberbürgermeisters für die Jugendherbergen! Aus Anlaß der Jugendherbergswoche vom 5. bis 12. März bewilligte Oberbürgermeister Böß aus einem besonderen Fonds dem Bund für Jugendherbergen in der Mark Brandenburg e. V. 10 000 Mark. Hoffentlich findet dieses Beispiel in breitesten Kreisen, besonders in Handel und Industrie Nachahmung. Zahlungen werden auf das Postscheckkonto des Bundes Berlin Nr. 49 122 erbeten. Jede Auskunft erteilt die Geschäftsstelle C. 2, Neue Friedrichstr. 80 III, Zimmer 51. — Am Sonntag, 12. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Lustgarten ein Konzert des Koseleckschen Bläserbundes, Leitung Prof. Grawert, statt. Die Jugend wird Volkstänze vorführen, spielen und singen.

Ein Nachspiel zum Falle Grupen. Der Gefängnisdirektor Schenke in Hirschberg, der dem Doppelmörder Grupen im Gefängnis allerlei Gefälligkeiten erwiesen hat und im dringenden Verdacht stand, die Flucht Grupens begünstigt zu haben, hat sich, nachdem gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet worden ist, heute früh erschossen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit geringen Niederschlägen, mäßigen nordöstlichen Winden und weiterer Abkühlung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Abstinentenbund. Ortsgr. Berlin. Freitag, 10. März, abends 7 Uhr, Niederwallstr. 12: Wichtige Mitgliederversammlung. Vorbereitung der Holitscher-Versammlung. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Elternbund Groß-Berlin. Sonnabend, 11. März, Führung durch Alt-Berlin. Treffpunkt 3½ Uhr, Nikolaikirche, Poststr. Dienstag, 14. März, Kursusbeginn: Erste Frauenhilfe bei Unfall und Krankheit (Sanitätsrat Dr. Kanoth), 7½ Uhr abends, Unterrichtsraum Dobrin, Königstr. 34—36. Sonntag, 19. März, vorm. 11 Uhr, Führung durch die Hebammenlehranstalt Renkstr. Montag, 20. März, abends 7½ Uhr, Elternkonferenz im Grauen Kloster. Kleiderkt., u. a. Lichtbildervortrag des Dr. med. Fritz Salomon über Zähne und Mundhöhle in ihrer Bedeutung für den menschlichen Organismus. Eltern willkommen! Näheres Geschäftsstelle Dobrin, Poststr. 20.

Bund religiöser Sozialisten. Montag, den 13. März, abends 8½ Uhr, öffentliche Versammlung in der Schulaula, Pankow, Wollankstr. 131. Thema: Christlicher Jenseitsglaube und sozialer Diesseitsglaube. Referent: Genosse Pfarrer H. Frank. Alle Genossen sind eingeladen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin C. V. Abt. Wedding. Der neue Ausbildungskursus, dessen Beginn durch Kohlenmangel verhindert war, findet jeden Donnerstag, abends 7½ Uhr, in der Schule, Bernauer Str. 68/69, statt. Abt. Süd. Besonderes. Die nächste Sitzung findet am Sonntag, den 12. März, vorm. pünktlich ½10 Uhr, statt. Materialausgabe. Freitag, den 10. März, abends 8—10 Uhr, Schule, Stallschreiberstr.

Gewerkschaftsbewegung

Die Buchdrucker vor neuen Tarifverhandlungen.

Zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen nahmen gestern abend in einer außerordentlichen Generalversammlung die Vertrauensleute und Delegierten der Berliner Buchdrucker Stellung. Der Versammlungsleiter Braun teilte zunächst mit, daß der Gauvorsteher und Kreisvertreter Massini die Operation gut überstanden habe und sich auf dem Wege der Besserung befinde. Leider sei Albrecht in den letzten Tagen schwer erkrankt, so daß der zweite Stellvertreter Ebel an den Verhandlungen teilnehmen werde. Das einleitende Referat zu der am 16. März beginnenden Tarifausschußsitzung erstattete Musfial. Er gab einen Ueberblick über die Lage in der Organisation und der Arbeiterschaft im allgemeinen und kennzeichnete die täglich steigenden Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Wenn man nach der Möglichkeit suche, unseren berechtigten Wünschen und Forderungen nachzukommen, so müsse man sich auf die Kleinhandelspreise stützen, die den richtigen Gradmesser bildeten. Selbst die „Zeitschrift" (das Unternehmerorgan) habe geschrieben, daß der eingetretene Stillstand der Preise nur ein scheinbarer gewesen sei. Man werde sich wohl in diesen Kreisen darauf einstellen müssen, den Forderungen der Arbeiter in weitgehendem Maße entgegenzukommen. Die Frage, ob es zweckmäßig sei, heute eine bestimmte Forderung aufzustellen, oder dies der am 14. März zusammentretenden Gauvorsteherkonferenz zu überlassen, beantwortete er dahingehend, daß es bei der steten Ungewißheit und dauernden Steigerung der Preise praktisch sei, die Forderung erst kurz vor den Verhandlungen aufzustellen.

In der allgemeinen Aussprache wurde mit ernsten Worten auf die Notlage der Arbeiterschaft hingewiesen. Die Preise würden noch einen so gewaltigen Ruck nach aufwärts erfahren, der uns mit Schrecken erfülle. Eine Reihe Lebensmittel seien jetzt wieder vom Markte verschwunden und dies sei das beste Vorzeichen für weitere Preissteigerungen. Um jetzt einigermaßen auskommen zu können, müsse der Friedenslohn um das 35fache erhöht werden. Es müßten aber auch endlich durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers ergriffen werden, um die Arbeiterschaft vor der Verelendung zu retten. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt, aber allseitig der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die Kreisvertreter mit allen Mitteln zu erreichen versuchen, was zum Leben notwendig ist.

Zum Schluß wurde noch bekanntgegeben, daß die Fragebogen für die Statistik des Tarifamtes — soweit dies noch nicht geschehen ist — umgehend abgeliefert werden müssen. — Die Legitimationskarten der Betriebsräte sind bis zum 1. April, druckereiweise gesammelt, dem Bureau zu Abstempelung vorzulegen.

Annahme des Schiedsspruchs für die Metallindustrie.

Die Funktionäre des Metallkartells aus den dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Betrieben nahmen am Donnerstag abend in der Brauerei Königstadt Stellung zu dem am 4. März im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch. Urich gab den Bericht. Für die Monate Februar und März ist der Lohn durch einen Schiedsspruch vom 28. Januar geregelt. In der Abmachung haben die Vertreter der Arbeiter sich das Recht vorbehalten, im Falle einer wesentlichen Steigerung der Lebensmittelpreise während dieser Zeit eine neue Regelung zu beantragen und eventuell die Schlichtungsstelle anzurufen. Da der Verband der Metallindustriellen neue Verhandlungen ablehnte, wurde das Reichsarbeitsministerium mit der Schlichtung betraut. Das Schiedsgericht erkannte an, daß eine wesentliche Verteuerung inzwischen eingetreten sei und fällte am 4. März einen Spruch, der folgende Zugeständnisse enthält:

1. Alle über 18 Jahre alten Arbeiter sollen 1 M., die jüngeren und die Arbeiterinnen eine Stundenzulage von 70 Pf. erhalten. — Akkordarbeiter und -arbeiterinnen, die im Februar mehr als 2 M. bzw. 1,40 M. in der Stunde über ihre Akkordbasis verdient haben, erhalten nur 50 Pf. bzw. 35 Pf. mehr die Stunde. — Wer mehr als 4 M. bzw. 2,80 M. in der Stunde über die Akkordbasis verdient hat, erhält keine Zulage. — Bei der Akkordbasis der Arbeiterinnen ist der zweite Teil des Schiedsspruchs sinngemäß zu berücksichtigen.

2. In Rücksicht auf entstehende Zweifel werden die Akkordbasen bei den über 18 Jahre alten Arbeiterinnen an Maschinen und den Handarbeiterinnen, deren Leistungen mit denen der männlichen Arbeiter nicht verglichen werden können, auf 6,90, bei den Arbeiterinnen der Glühlampenindustrie der Gruppe 1 auf 7,10 M. und der Gruppe 2 auf 6,90 M. pro Stunde festgesetzt. — Diese Akkordbasen treten am 6. März in Kraft. — Die an diesem Tage in Arbeit stehenden Arbeiterinnen erhalten für die Zeit seit dem Inkrafttreten des Schiedsspruchs ab 28. Januar eine Nachzahlung von 45 Pf. für jede geleistete Akkordstunde.

Dieser Schiedsspruch tritt am 6. März in Kraft, soweit im Schiedsspruch nicht etwas anderes bestimmt ist. Ueber Annahme oder Ablehnung ist dem Reichsarbeitsministerium bis zum 15. März Mitteilung zu machen.

Da der gegenwärtige Lohntarif nur bis zum 1. April läuft, eine andere Möglichkeit, durch Verhandlungen mehr zu erlangen, nicht bestand, empfiehlt das Lohnkartell, den Schiedsspruch anzunehmen.

Auf eine Anfrage machte Urich noch über die Löhne der Lehrlinge Mitteilung. Ab 27. Februar erhalten dieselben im 1. Jahre einen Stundelohn von 1,20 M., im 2. Jahre einen solchen von 1,60 M., im 3. Lehrjahre einen solchen von 2 M. bis 2,50 M. und im 4. Lehrjahre 2,50 M. bis 3,70 M. Diese Sätze geben für alle bestehenden Lehrverträge in der Art dringender Empfehlung.

Der Schiedsspruch wurde gegen einige Stimmen angenommen.

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Deutschnationale und demokratische Tageszeitungen brachten Artikel mit den Ueberschriften: „Ein Sieg im vierten Schützengraben", und „Der Volksentscheid", die sich mit der „Niederlage des AfA-Bundes und dem „Sieg" der Hauptausschußverbände bei den Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung befassen. Der „demokratische" Artikel „konstatiert", daß die „Angestellten den Rattenfängerklängen des AfA-Bundes nicht folgen". Er wendet sich gegen die „Schematisierung" in der Sozialversicherung und verlangt die „Individualisierung". Der deutschnationale Artikelschreiber behauptet, daß das, was sich äußerlich als die Neuwahl der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung zeigte, innerlich „der Abwehrkampf des selbstbewußten Angestelltenstandes gegen die Einmanschung in den allgemeinen Arbeitnehmerbrei" war. Er faselt dann von der „vernichtenden Niederlage" der internationalen Marxisten, womit er den AfA-Bund „sozialdemokratisch-unabhängiger-kommunistischer Färbung" meint. Demgegenüber steht der „überwältigende Sieg der Nationalen", der in zwei Flügel, nämlich den „christlich-nationalen" (Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband) und den „freiheitlich-nationalen" (Gewerkschaftsbund der Angestellten) zerfällt.

In beiden Artikeln wird mit den üblichen unsauberen Methoden gearbeitet. Man führt eine Reihe von Versammlungen auf, in denen Entschließungen der gegnerischen Organisationen angenommen wurden, obwohl die Versammlungen vom AfA-Bund einberufen waren, oder man reiht eine Anzahl von Orten aneinander, in denen die Hauptausschußverbände bei der Wahl die Stimmenmehrheit erzielt haben. Es wäre kein Kunststück, dieses System mit genau demselben System zu beantworten, denn es ist selbstverständlich, daß bei einem Wahlkampf, der sich über Hunderte von Orten erstreckt, Erfolge und Mißerfolge in beiden Lagern eintreten müssen. Wir lehnen es ab, mit gleichen Methoden zu operieren, sondern wollen die Tatsachen sprechen lassen. Die Zahlen der auf die Liste des AfA-Bundes abgegebenen Stimmen haben sich seit den Wahlen des Jahres 1912 ganz beträchtlich erhöht. Bis 11. Februar hatte

der AfA-Bund in 580 Orten 125 933 Stimmen

erhalten, und von seinen Listen waren

599 Vertrauensleute und 1316 Ersatzleute

gewählt. Im weiten Abstand folgen die anderen Verbände: Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband erhielt bei 77 164 Stimmen 335 Vertrauensleute, 585 Ersatzleute; Frauenberufsverbände bei 32 759 Stimmen 30 Vertrauensleute, 82 Ersatzleute; Gewerkschaftsbund der Angestellten bei 79 945 Stimmen 280 Vertrauensleute, 499 Ersatzleute; verschiedene andere Verbände bei 49 562 Stimmen 510 Vertrauensleute, 976 Ersatzleute.

Bei der Addition dieser Zahlen ergibt sich selbstverständlich, daß die Gesamtheit der Gegner mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte als der AfA-Bund für sich allein erhalten hat. Es ergibt sich aber ebenso klar, daß der AfA-Bund die weitaus größte Anziehungskraft auszuüben imstande war. Nun wird von den Gegnern des AfA-Bundes immer mit dem Argument gearbeitet, daß ja nicht ein, sondern 12 Verbände im AfA-Bund vereinigt sind, und daß es diesen 12 Verbänden nicht gelungen ist, die Stimmenzahl der gegnerischen Verbände zu überbieten. Diese Darstellung ist eitle Demagogie, denn genau so, wie in den verschiedenen Verbänden des AfA-Bundes kaufmännische Angestellte, Bureauangestellte, Techniker, Werkmeister usw. vereinigt sind, sind alle diese Berufsgruppen im Gewerkschaftsbund der Angestellten, der ganz besonders mit diesem Argument gearbeitet hat, zusammengeschlossen.

Die beträchtlichen Erfolge des AfA-Bundes lassen erkennen, daß die Angestelltenschaft immer mehr zu der Erkenntnis kommt, daß nicht in der Trennung der Arbeiter und Angestellten in der Sozialversicherung das Heil erblickt werden kann, sondern die unbedingte Notwendigkeit besteht, eine einheitliche Sozialversicherung für Arbeiter, Angestellte und alle anderen Erwerbstätigen zu schaffen, mit gleich guten Bestimmungen für Arbeiter und Angestellte, die wesentlich besser sein müssen als die Bestimmungen der bisherigen Sozialversicherung.

Deutscher Holzarbeiterverband. Sonntag, 12. März, nachm. 5 Uhr, Vortrag in der „Urania", Taubenstr. 48/49: „Im Lande der Mitternachtssonne." Karten 2 resp. 4 M. Zimmer 4, Rungestr. 30.

Verantw. für den redakt. Teil: **Franz Klühs**, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: **Th. Glocke**, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Die zuverlässige u. bekömmliche Nahrung für Ihr Kind

Großer Verkauf in Frühjahrs- u. Sommer-Neuheiten

Durch günstige Abschlüsse bin ich in der Lage, fast sämtliche Stoffe, trotz der täglichen Preissteigerung, noch zu wirklich billigen Preisen zu verkaufen!

Eolienne beste Qualitäten, Wolle und Seide, 100 cm breit 240.00 **195.00**
Seiden-Cachemire 100 cm breit, in vielen Farben Mtr. 368.00 **345.00**
Kleiderseide 85 cm breit, in reichlicher Farben-Auswahl . . Mtr. 185.00, 178.00 **158.00**
Blusenseide in modernen Streifen u. Karos Mtr. 75.00, 65.00 **58.00**
Mantelstoffe 130 cm breit, in schönsten Frühjahrsfarben . . . . Mtr. 205.00, 195.00 **145.00**
Kostümstoffe marine, farbig u. Homespune **in reichlicher Auswahl!**

Zur Einsegnung ganz besonders zu empfehlen! Lindener Köper, beste Qual., 70 cm breit, schwarz und alle anderen Farben . . . . Mtr. **178.00**

Herrenstoffe 140—160 cm breit, vom billigsten bis zum besten Kammgarn reichlich am Lager

Leinen- und Baumwollwaren sowie Hemdentuche, Barchende, Inlette und sämtliche Qualitäten für Leib- und Bettwäsche in reichlicher Auswahl!

BERLIN SO 36 Telephon: Moritzplatz 7443 **HANS PRANGE** **Wiener Str. 15** Am Görlitzer Bahnhof Hoch- und Untergrundbahn-Verbindung bis Oranienstraße

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garant. f. gut. Sitz u. Verarbeitg.?
Max Motel, Schneidermstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 83 :: Tel. 909
Lieferung für höchste Staatsbeamten. Viele Anerkennungen u. Dankschreiben

Korbmöbel kauf. Sie am vorteilhaftesten dir. b. Hersteller **A. Lesdau** Werkstätten für feine Korbmöbel. Fernspr.: Neukölln 1739 Ausstell. u. Verkauf nur Neuk., Anzengruberstr. 20

MÖBEL kaufen Sie sehr vorteilhaft im Spezial-Möbelhaus **G. CAMNITZER** Schönhauser Allee 82 Ecke Wichertstraße, am Ringbahnh. Schönhauser Allee und Hochbahnh. Nordring. Auf Wunsch bequeme Teilzahlung

Billige Bezugsquelle für Trikotagen, Strumpf- und Wollwaren **Strumpfhaus Werba, Berlin** Kottbuser Damm 72, Ecke Lenaustraße

Trauringe Dukaten-Gold (900 gest.) 333—585 gest. Jede Größe am Lager. Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt. Nicht die Reklame, der Name bürgt für Qual. u. Preiswürdigkeit. Spezialhaus fugenloser Trauringe **Erich Fuhrmann** NW 87, Gotzkowskystraße 13 Ankauf v. Gold-, Silb.-, Plat.-Bruch

Hemdentuche / Louisiana / Bettdamast / Inletts / bunte Bezugstoffe / Handtücher / Hemden- u. Blusenflanelle / Percal / Gardine / Schürzen / Kleider-Seide / Trikotagen / Schürzen / Taschentücher. Beste Qualitäten! Billigste Preise! **Ella Dehmel, Neukölln** Niemetzstr. 9 Tel. 480 Nähe Richardplatz

Gardinen Haus Neukölln **25. Bergstr. 26.** Spezialhaus für Innendekoration **Hervorragende Angebote!!** Gardinen * Stores * Bettdecken Künstlergardinen in Tüll, Etamine u. Madras Bettvorleger * Läuferstoffe * Diwandecken Steppdecken * Gobelins * Wachstuche Sachgemäße Beratung in allen Angelegenheiten der Innendekoration ++ Kostenanschläge gratis ++

Fernsprecher: Neukölln 4295.

HOSEN Außergewöhnlich. Angebote Arbeitshosen 80.— 90.— 95.— Gestreift schön. Must. 110.—125.—152.— Ersatz für Maß 180.—190.—236.— Ein Posten Herren-Anzüge außergewöhnlich billig Breeches, Jünglings- u. Bauchhosen in größter Auswahl in allen Längen u. Weiten **München-Gladbacher Hosen-Zentrale** N, Rügener Straße 25, blauer Laden a. d. Brunnenstr. u. Bahnh. Gesundbrunnen. Fahrgeldvergütung.

Passage-Bad Kottbuser Damm 79 vollständig renoviert, verabreicht folgende Bäder: Wannen-, Sol-, Fichtennadel-, Stahl-, Russ.-röm., Schwefel-, Kohlensäure-, Licht-, Lohtannin-, Dampfkasten-, sowie sämtliche medizinischen **Bäder**. Lieferant sämtlicher Krankenkassen Russ.-röm. Bad f. Damen Mittwoch 10-1

Die Anfertigung moderner Korsette, Reform-Korsette, Kinderleibchen, Büstenhalter usw. aus eingesandten Stoffen unter Hinzunahme besten Materials, als auch Reinigung und Wiederherstellung getragener Korsette übernimmt bei billigster Berechnung **Korsett-Fabrik Richard Necke** 1. Geschäft: Bln.-Karlshorst, Treskow-Allee 90 2. Geschäft: Bln.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 26 3. Gesch.: Bln., Kommandantenstr. 23, E. Alte Jakobstr.

Bettwäsche zu Fabrikpreisen! Damenhemden, Handtüch., Tischt., Schürzen! Ausschneiden! Vergüte 6% **Eckebrecht** Hasenheide 93

Dielenmöbel, weiße. Engros—Export. **Girndt, Neukölln**, Anzengruberstr. 2.

Gardinen!! Sonderangebote u. Gelegenheitskäufe in Resten Stores, Bettdecken Madras- und Künstlergardinen Spez.-Gardinenwerkstatt **Neukölln, Bergstr. 67** am Ringbahnhof.

Arbeitskleidung **Hosen** von 45,— bis 225,— M Hemden, Unterhosen, Socken **Berufskleidung** Gute Ware! Billigste Preise! **Gerh Kohnen** Neukölln, Hermannstraße 76/77.

Willst du preiswert **Hosen** kaufen, mußt zu **Hosen-Anders** laufen. **A. Anders** Beusselstr. 25

Zahn-Atelier f. modernen Zahnersatz **H. Knapp vorm. Feuker** Sprechstunden 9—1, 3—6, Sonntags 10—12 Kottbuser Damm 70/71. Telephon: Mpl. 7827

Altes renomm. **Restehaus** **Reste** in Damen-Mantelstoff., Tuchen, Affenhaut, Covercoats, Homespun, Kostümstoffe, Kammgarne, Gabardine, sehr billig. — Kleider-, Mantel- und Futter-Seiden in vielen Farben. **Reste** in Anzug- und Paletotstoffen für Herren und Knaben **Gelegenheitskäufe** in modernen Mänteln, Kostümen und Röcken **Paul Karle** O 34, Warschauer Straße 79

Hosen aller Art! Militärhosen, Manchesterhosen in verschiedenen Preislagen Engl. Lederhosen . . 128.- 148.- 168.- Gestreifte Hosen . 88.- 98.- bis 458.- Großes Lager in allen Längen und Weiten, auch für starkbeleibte Herren. **München-Gladbacher Hosen-Zentrale** NW., Beusselstraße 39, blauer Laden Am Ringbahnhof Beusselstraße. Fahrtvergütung

Korbmöbel für Gärten, Balkone, Wohnzimmer i. moderner u. dauerhafter Ausführung. Korbsessel v. M. 60 an. Große Auswahl Besichtigung erbeten **Heinrich Kaese** Korb- u. Rohrmöbelfabr. Neukölln, Berliner Str. 89 Quergeb. pt. (Kein Lad.)

Maßkorsetts und Reparaturen. Fr. L. Bungartz, Neukölln, Boddinst. 25a. Fernspr. Neuk. 2854

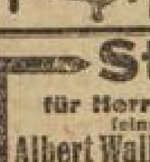
Zeitungspapier! gebündelt, kg 4,50 Haus- Wein- lumpen! flaschen! Hohe Preise **Neukölln**, Weserstraße 178 Ladengeschäft! Reinsaden! Fernspr.: Neukölln 281.

Stoff-Reste-Haus A. M. Steinhardt 18 Kottbuserdamm 18 Neuheiten für Kostüme, Kleider u. Ulster — Covercoats in 10 Farben Reste für Herren-Anzüge u. Schlüpfer Friedens-Qualitäten — Billige Preise —

Gold-, Silber- Bruch Platin, Brillanten etc. allerhöchste Tagespreise! **C. Käferle**, Juwelier Frankfurter Allee 276 Nähe Ringbahnhof Fahrgeld wird vergütet!

Quecksilber! jedes Quantum, kauft Metall-Kontor John, Alte Jakobstr. 138.

Gold-, Silber-, Platin- Ringe, Ketten, Löffel **Bruch** Zahngebisse usw. **Brillanten** kaufen stets zu den allerhöchsten Preisen **Gebr. Fuhrmann, Nollendorfstr. 39** 1 Minute vom Nollendorfplatz.


Korb- u. Rohrmöbel Eig. Fabrik, stets hervorrag. Neuh. Gr. Ausw. Bill. Preise. **Edmund Voß, Bln.-Neukölln** Berliner St. 14, Nähe Hermannplatz. — Tel.: Neukölln 2284 Reparatur sämtl. Korbwaren

Stoffe für Herren und Damen feinste Qualitäten **Albert Walkhoff, Neue Königstr. 54** am Alexanderplatz Vorzeiger erhält 5 Proz. Rabatt.